

- 5.4. Prioritätenliste für die Projektaufrufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020
Dez. II, Stabsstelle Stadtсанierung
- 5.5. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018
Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadtсанierung
- 5.6. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule
Dez. II, Amt 23
- 5.7. Außerplanmäßige Ausgabe für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Eisenpark -
Dez. II, Amt 23
- 5.8. Überplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung eines Wechselladerfahrzeuges (WLF) mit 4 Abrollbehältern und feuerwehrtechnischer Beladung sowie Umbau des vorhandenen Mehrzweckfahrzeuges zum WLF
Dez. II, Amt 32
- 5.9. Mehrkosten für den Einsatzleitwagen
Dez. II, Amt 32
- 5.10. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2017 (B497-18/17)
Dez. II, Amt 60
- 5.11. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 5.12. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 5.13. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 5.14. Bebauungsplan Nr. 116 – HanseYachts-Parkplatz –, Aufstellungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 5.15. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
- 5.16. Maßnahmen gegen Leerstand in der Greifswalder Innenstadt
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 5.17. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft
CDU-Fraktion
- 5.18. Grillplatz Credner-Anlagen
CDU-Fraktion
- 5.19. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems
Frau Marion Heinrich, Vorsitzende der OTV Riems
- 5.20. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)
Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt
- 5.21. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage
Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt
- 5.22. Stufenweise Pachtzinserhöhungen Kleingärten
CDU-Fraktion, Bürgerschaftsmitglied Peter Multhauf (interfraktionell und/oder mit weiteren Bürgerschaftsmitgliedern angestrebt)
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
8. Mitteilungen der Präsidentin
9. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

. schlägt vor, die nachträgliche Vorlage „Bestellung der stellvertretenden Betriebsleitung des Eigenbetriebs Abwasserwerk Greifswald“ unter TOP 8.29 einzuordnen.

. informiert, dass

- TOP 5.13 „Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung“ seitens der Verwaltung zurückgezogen worden sei.
- zwei nachträgliche Vorlagen von der SPD-Fraktion eingegangen seien.
 - o „Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt“ (06/1155) -> TOP 5.23
 - o „Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten“ (06/1156) -> TOP 5.24
- es zu TOP 5.6 „Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule“ eine neue Version gebe, da die Anmerkungen aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen eingearbeitet worden seien.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 03.07.2017

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 4. Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen

TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Jahresabschluss 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1097

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.2. Nachtrag 2017 und Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Hanse-Kinder“

06/1102 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.3. Straßenbenennung im B-Plan Nr. 115 Am Aalbruch

06/1098.2 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Auf Anregung von Herrn Dr. Meyer einigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, nur den Namen „Storchenwiese“ in der Bürgerschaft zur Abstimmung zu stellen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die angepasste Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.4. Prioritätenliste für die Projektaufrufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020

06/1128 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.5. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018 Prioritätenliste

06/1119

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.6. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule

06/1114.1 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 5.7. Außerplanmäßige Ausgabe für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark -

06/1112
HA-227/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

*die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 240.000,- EUR für die Durchführung von erforderlichen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen in Form von Aufforstungen, die zur Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark - notwendig sind.
In den HH-Jahren 2019 bis 2023 sind die Aufwandskosten für die Kulturpflege von jährlich 15.000,- EUR einzuordnen. “*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 5.8. Überplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung eines Wechselladerfahrzeuges (WLF) mit 4 Abrollbehältern und feuerwehrtechnischer Beladung sowie Umbau des vorhandenen Mehrzweckfahrzeuges zum WLF

06/1105
HA-228/17

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss beschließt eine überplanmäßige Auszahlung zur Beschaffung eines Wechselladerfahrzeug-Systems für die Berufsfeuerwehr in Höhe von 45.000 EUR.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 5.9. Mehrkosten für den Einsatzleitwagen

06/1101
HA-229/17

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss beschließt rückwirkend die Deckung der Mehrkosten in Höhe von 2.548,91 EUR zur Finanzierung des Einsatzleitwagens.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 5.10. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2017 (B497-18/17)
06/1124

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.11. 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
06/1122

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.12. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
06/1127

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr von Malotki

. fragt, ob es möglich sei, in der Bürgerschaft Änderungsanträge zu stellen, hinsichtlich Linien, die sich nicht nur auf das Greifswalder Stadtgebiet erstrecken z. B. die Linie zwischen Greifswald und Lubmin.

Frau von Busse

. erklärt, dass es sich hierbei um ein gemeinsames Projekt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Landkreises Vorpommern-Greifswald handele, da Greifswald als Stadt den Stadtverkehr übertragen bekommen habe. Nur deshalb werde Greifswald beteiligt. Die Greifswalder Bürgerschaft könne daher nur über den Stadtverkehr in Greifswald abstimmen.

Frau Socher

. sagt, dass die Fraktionen im Vorfeld die Möglichkeit gehabt hätten, Änderungswünsche mitzuteilen. Diese seien dann abgewägt worden, ob dem gefolgt werden könne oder nicht.

Herr Multhauf

. nennt ein Beispiel aus dem vorgesehenen Plan und fragt, ob diese Linienführung bei seiner Zustimmung zum Beschluss genauso umgesetzt werde oder ob es sich nur um eine der Möglichkeiten handele.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass es sich hier um eine Möglichkeit der Umsetzung handele.

Frau von Busse

. ergänzt, dass die Stadtwerke Greifswald GmbH und demzufolge das Verkehrsunternehmen beteiligt worden seien. Daher gehe sie davon aus, dass die Linienführung früher oder später in der Form umgesetzt werde.

Der Oberbürgermeister

. stellt noch einmal klar, dass mit dem Nahverkehrsplan noch nichts beschlossen worden sei. Er eröffne Möglichkeiten, es sei damit jedoch noch keine verbindliche Linienführung festgelegt.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.13. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragsatzung

06/1096

zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 3)

TOP 5.14. Bebauungsplan Nr. 116 – HanseYachts-Parkplatz –, Aufstellungsbeschluss

06/1104

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 5.15. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1120

Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

. weist daraufhin, dass zwei Beschlüsse gefasst werden, wenn Punkt 1 und 2 in der Bürgerschaft getrennt voneinander abgestimmt werden.

. informiert, dass derzeit noch Gespräche zur Hafengebührensatzung liefen. Heute habe ein längeres Gespräche mit den Vertretern der Segelvereine stattgefunden.

. habe ihnen zugesagt, dass geprüft werde, ob das Vereinsgelände zusammen mit den Seglern in die Sportstättenatzung aufgenommen werden könne. Dies sei jedoch ein umfangreicheres Thema, wodurch es einer längeren, zeitaufwendigen Prüfung bedürfe. Die Verhandlungen müssten – wenn sie Wirkung haben sollen – vor dem Sommer 2018 abgeschlossen sein. Dies sei jedoch unabhängig von der Hafengebührensatzung.

Es habe die Frage bestanden, ob die bestehende Hafengebührensatzung um ein Jahr verlängert werden könne. Dies müsse noch geprüft werden.

Wenn es nicht möglich sei, werde wahrscheinlich der Vorschlag von 50 €/m in die Gremien gegeben werden.

Herr Wixforth

. sagt, dass man die neue Hafengebührensatzung inklusive der Kalkulation mit den Gebührensätzen aus der alten Hafengebührensatzung beschließen könne.

Herr Hochschild

. spricht sich dafür aus, die alte Satzung wieder in Kraft zu setzen und dann in Ruhe mit dem Sportverein zu verhandeln, ob überhaupt eine Gebührenerhöhung gewollt sei und wenn ja, in so einer drastischen Form.

Die CDU-Fraktion werde auf jeden Fall einen Änderungsantrag in die Bürgerschaft einbringen, um die alte Hafengebührensatzung zu verlängern.

Der Oberbürgermeister

. bittet, den Änderungsantrag dann so zu formulieren, dass die neue Hafengebührensatzung mit den alten Gebühren beschlossen werden solle.

Herr Dr. Kerath

. spricht sich dafür aus, die Punkte in der Bürgerschaft einzeln abzustimmen.

Es seien jedoch noch einige Fragen offen:

1. Sei die Ausbaggerung bei den Kosten berücksichtigt worden und wenn ja, in welcher Höhe?
2. Seien bei der Gebührenkalkulation bereits Rückstellungen für künftige Ausbaggerungen berücksichtigt worden und wenn nicht, warum nicht?
3. Es habe eine Veränderung beim Aufteilungsmaßstab gegeben. Bisher sei die Kalkulation zwischen Seehafen und Stadthafen 4:3 aufgeteilt worden. Nun werde sie 2:5 aufgeteilt. Welche Gründe gebe es dafür?
4. Wie seien die tatsächlichen Umschlagszahlen auf die Bruttoregisterzahlen umzurechnen?

Als Bürgerschaft müsse kostendeckend kalkuliert werden. Es könnten abweichend davon geringere Gebühren festgelegt werden. Jedoch müsse man dafür wissen, wie hoch die tatsächlichen Gebühren wären und wie viel man davon abweichen wolle.

Herr Lubs

. antwortet, dass die Baggerung im Hafen Ladebow in der Kalkulation berücksichtigt worden sei. Zu finden sei dies im Rahmen der Abschreibung (AK 1.5). Hier sei mit 600 TEUR geplant worden. Über die vorzuhaltende Tiefe werde mit dem Wasser- und Schiffsfahrtsamt jedoch noch verhandelt. Dementsprechend könne es natürlich zu Verschiebungen in den Kosten kommen.

Der Aufteilungsmaßstab zwischen Seehafen und Stadthafen habe sich von 4/7 auf 3/7 geändert. Es gebe einen neuen Hafenbetreiber, mit dem ein anderer Vertrag abgeschlossen worden sei. Das bedeute, dass er mehr Aufgaben für die Stadt übernehme, als die damalige Hafengesellschaft. Die damalige Hafengesellschaft habe einen Teil der städtischen Aufgaben in eigener Zuständigkeit übernommen und habe dafür 20 Prozent Aufwandsentschädigung erhalten. Dem neuen Hafenbetreiber seien 40 Prozent der Aufgaben übertragen worden. Dies spiegele die Aufteilung 4/7 und 3/7 wieder. Der Verwaltungsaufwand für die Stadt falle damit geringer aus.

Zu den Umschlagszahlen könne Herr Lubs jetzt keine konkreten Aussagen treffen.

(Die Beantwortung der noch offenen Fragen werden als Anlage dem Protokoll beigelegt)

Herr Multhauf

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion abubrechen.

Der Oberbürgermeister lässt über diesen Antrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	6	0

Herr Dr. Fassbinder

. weist noch einmal daraufhin, dass es sich abzeichne, dass eine Hafengebührensatzung mit deutlich niedrigeren Gebühren beschlossen werde, als kalkuliert worden sei. Das bedeute, dass die vorgesehenen Investitionen entweder verschoben oder aus einer anderen Quelle finanziert werden müssen.

. lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

TOP 5.16. Maßnahmen gegen Leerstand in der Greifswalder Innenstadt

06/1092 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Frau von Busse

. sagt, dass im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung angesprochen worden sei, dass der Satz mit dem Einzelhandelskonzept überarbeitet werden sollte.

. fragt, ob es schon eine Reaktion gebe, wie man damit umgehen wolle.

Herr König

. antwortet, dass sobald es eine Änderung gebe, diese in die Bürgerschaft eingebracht werde.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.17. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft

06/1094 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.18. Grillplatz Credner-Anlagen

06/1095 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.19. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems

06/1125 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. informiert, dass es im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen den Hinweis gegeben habe, diese Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

. fragt, ob es diesbezüglich eine Entscheidung gebe.

Frau Socher

. antwortet, dass an Frau Heinrich übermittelt worden sei, dass sowohl der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen als auch der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung diese Vorlage in einen Prüfauftrag umwandeln wolle. Frau Heinrich habe dies zur Kenntnis genommen und werde die Vorlage gegebenenfalls zur Bürgerschaft anpassen. Sie müsse erst mit den Mitgliedern der Ortsteilvertretung sprechen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	0

TOP 5.20. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)

06/1137 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. informiert, dass der Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. mit einer öffentlichen Behandlung des Themas einverstanden sei. Die Zustimmung liege schriftlich vor.

Frau von Busse

. sagt, dass im Vorfeld von der CDU-Fraktion angeregt worden sei, eine Vereinbarung mit dem Verband der Kleingärten zu bekommen, um die Frist von drei Monaten auf zwei Monate zu reduzieren, um der Bürgerschaft eine Befassung zu ermöglichen. Der Kleingartenverband habe im Vorfeld signalisiert, einer solchen Vereinbarung zustimmen zu wollen. Die Verwaltung habe diese Vereinbarung unterschrieben und zum Verband geschickt.

. geht davon aus, dass in den nächsten Tagen die Vereinbarung unterschrieben vom Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. bei der Stadtverwaltung eingehen werde. Daher werde der Zeitdruck, bis zum 30.09.2017 eine Entscheidung treffen zu müssen, voraussichtlich entfallen.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, falls in der Bürgerschaft keine Entscheidung getroffen werden sollte, gäbe es einen gültigen Hauptausschussbeschluss, der dann auch ausgeführt werde.

. bittet, den Beschlusstext dieser Vorlage anzupassen, sodass die Rückholung des Beschlusses und die geänderte Vorlage zu den Kleingärten in einer Sitzung beraten werden können.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.21. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage

06/1138 **Der Oberbürgermeister** ruft den TOP auf.

Frau Socher

. informiert, dass es weitere Beratungen mit den Mitgliedern aus dem Kreisverband gegeben habe. Danach sei mitgeteilt worden, dass sie eher einer Erhöhung von 10,0 ct auf 10 Jahre zustimmen, mit der Bitte, die mit der Verwaltung vereinbarten 5 Prozent Erstattung des Pachtpreises für Ausgaben ebenfalls zu erhalten.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.22. Stufenweise Pachtzinserhöhungen Kleingärten

06/1151 **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. weist darauf hin, falls die Vorlage eine Mehrheit finden sollte, werde der Kreisverband

der Gartenfreunde Greifswald e.V. erst einmal kein Geld erhalten.

Herr Hochschild

. stellt klar, dass die CDU-Fraktion gegen jegliche Pachtzinserhöhung sei.

Herr Multhauf

. sagt, dass er mit den Verantwortlichen im Kreisverband der Gartenfreunde Greifswald e.V. lange gesprochen habe und diese mit einer Erhöhung von 10,0 ct einverstanden wären. Sie hätten ihm gegenüber nicht den Anspruch erhoben, bei 8 ct zu bleiben, daher wäre ein Kompromiss in dieser Hinsicht gut.

Herr Hochschild

. habe mit einigen Kleingartenpächtern gesprochen. Dort gebe es finanzielle Schwierigkeiten. Manchen falle es schon schwer, die jetzige Pacht bezahlen zu können. Daher sehe die CDU-Fraktion Handlungsbedarf, die Pachten nicht weiter zu erhöhen.

Herr von Malottki

. spricht sich für die Vorlagen der SPD-Fraktion aus.

Frau Socher

. fragt, wie viel Prozent der Besitzer von Kleingärten, die von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gepachtet worden seien, im Verband organisiert seien und wie viele nicht.

Herr Dr. Böttcher

. erklärt, dass die derzeit diskutierte Regelung nur den Kreisverband der Gartenfreunde betreffe.

. schätzt, dass ca. 80 Prozent im Kleingartenverband organisiert seien.

Frau von Busse

. entgegnet der im Vorfeld mehrfach aufgetretenen Behauptung, dass die Verwaltung Sachen unternehme ohne Abstimmung mit dem Kreisverband der Gartenfreunde.

. betont ausdrücklich, dass es eine schriftliche Mitteilung vom Kreisverband gegeben habe, dass es eine Vollversammlung gegeben hätte und dort auch über die Erhöhung gesprochen worden sei.

Herr Multhauf

. bittet, diese Thematik am Anfang der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft einzuordnen.

. wird in der Sitzung der Bürgerschaft Rederecht für den Vorstand des Kreisverbandes beantragen.

. wird initiieren, dass der Kreisverband mit den Kleingärtnern spreche, welche der Vorlagen von ihnen bevorzugt werde.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.23. Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt

06/1155 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.24. Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten

06/1156

Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

- . sagt, dass im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung die Frage gestellt worden sei, ob die Verwaltung bereits an dem Thema arbeite.
- . erklärt, dass die Verwaltung das Thema auf der Agenda habe, da es ein Auftrag aus dem ISEK 2013 sei, jedoch sei damit noch nicht angefangen worden sei. Eine Umsetzung sei für das nächste Jahr geplant.

Herr Multhauf

- . stellt klar, dass sich die Erarbeitung dieser Konzeption schwierig und zeitaufwendig gestalten werde. Möglicherweise dauere diese Erarbeitung Jahre. Auch die angekündigten Umsetzungsvorstellungen von Herrn Minister Caffier müssten in dieser Konzeption aufgenommen werden. Wenn gesagt werde, dass erst etwas passiere, wenn eine Konzeption existiere, werde ein Stillstand erzeugt.
- . spricht sich dagegen aus.

Der Oberbürgermeister

- . erklärt, dass es sich schon um eine zeitaufwendige Aufgabe handele, die jedoch nicht Jahre in Anspruch nehmen werde. Die Entwicklung des Kleingartenwesens, die Flächenentwicklung und die Prioritätensetzung sollten Teil der Konzeption werden.

Herr von Malottki

- . sagt, dass die SPD-Fraktion den Eindruck habe, dass es bei der Pachtzinserhöhung Kommunikationsschwierigkeiten gegeben habe.
- . hält es für sinnvoll, dass die Fraktionen sich an der AG „Kleingarten“ und an der Erstellung der Konzeption beteiligen, um am Ende Konflikte zwischen der Stadt und den Kleingärtnern zu vermeiden und eine gemeinschaftliche Lösung zu finden. Die Kleingärtner befürchten, dass sie von der Angelegenheit „Umwandlung in Bauland“ überrollt werden. Dagegen könnte die Fraktionsbeteiligung an der AG ein möglicher Weg sein.

Herr Dr. Fassbinder

- . weist die implizit geäußerte Unterstellung, dass die Verwaltung ~~auf~~ daran interessiert sei, Bauland auszuweisen, entschieden zurück. Die Kleingartenkonzeption werde selbstverständlich zusammen mit den Kleingärtnern erarbeitet. Die Verwaltung habe auch nichts dagegen, wenn die Fraktionen sich beteiligen.
- . macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Beteiligung der Fraktionen bei den letzten zwei AGs sehr sparsam gewesen sei. Dann bestehe die Gefahr, dass womöglich Ergebnisse entstehen, die in den Gremien keinen Widerhall finden. Wenn die Fraktionen sich beteiligen, plädiert Herr Dr. Fassbinder für eine Beteiligung aller Fraktionen und zwar über die gesamte Laufzeit der AG.

Herr Hochschild

- . stellt klar, dass er von den AGs nichts halte. Es gebe Fachausschüsse, in denen die Themen besprochen werden sollten.
- . bittet ausdrücklich, nicht die Ängste zu schüren, dass die Flächen in Bauland umgewandelt werden sollen. Weder die Verwaltung noch ein Mitglied der Bürgerschaft wolle so etwas.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister informiert über folgende Themen:

- Wackerow
Das Anhörungsverfahren durch das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern sei auf Bitte des Oberbürgermeisters eingeleitet worden.

Allerdings sei dies im Landkreis und im Amt noch nicht angekommen. Am 12.07.2017 habe die zweite Einwohnerversammlung in Wackerow stattgefunden. Sie sei sehr gut besucht gewesen. Die Diskussion sei sehr bewegt, aber von Sachlichkeit geprägt gewesen.

Es habe den Wunsch gegeben, dass die Gemeindevertretung Wackerow nicht nur die Option Eingemeindung in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald betrachten solle, sondern auch die Option einer Fusion mit anderen Gemeinden des Amtes Landhagen.

Die Gemeindevertretung Wackerow werde am 27.09.2017 auf ihrer nächsten Sitzung beraten, wie sie damit umgehe. Der Oberbürgermeister habe empfohlen, mit anderen Gemeinden zu sprechen, denn es sei für die Bürger Wackerows wichtig, dass die Gemeindevertretung zwischen zwei ausgearbeiteten Vorschlägen entscheiden könne.

Die Stadtverwaltung Greifswald habe entschieden, auch den Greifswalder Bürgern eine Informationsveranstaltung anzubieten. Ein Termin stehe noch nicht fest (wohl Dezember oder Januar).

Sie solle jedoch erst dann stattfinden, wenn die Finanzen vorliegen, denn derzeit denke das Land darüber nach, einen Topf zur Entschuldung solcher Gemeinden einzurichten. Der Oberbürgermeister habe bereits beim Land angefragt, ab wann man mit einer Auskunft rechnen könne, welche Finanzmittel im Fall Wackerow möglich seien. Nach den derzeitigen Überlegungen sei eine derartige Aussage wahrscheinlich im Januar möglich. Andere Gemeinden hätten sich bis jetzt – abgesehen von dem einmaligen Gespräch mit Weitenhagen, worüber der Oberbürgermeister bereits informiert habe – nicht gemeldet.

- Gebühren für gleichgeschlechtliche Ehe

Bezüglich der Anfrage von Herrn von Malottki zu den Gebühren für gleichgeschlechtliche Eheschließungen von Personen, die bereits in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebten: Die Stadtverwaltung sei an die Gebührenordnung des Landes gebunden. Diese sei jedoch noch nicht überarbeitet. Der Oberbürgermeister habe Herrn Minister Caffier angeschrieben und gefragt, wie es weiter gehe und zum anderen den Vorschlag geäußert, die Gebühren zu erlassen, da eine Bezahlung bereits bei der eingetragenen Lebenspartnerschaft erfolgt sei. Die Entscheidung liege jedoch in der Hand des Innenministers.

- Ortsteilbudget

Das Verfahren sei bereits gut angelaufen. Jede Ortsteilvertretung gehe an das Projekt anders heran. Die Antragsformulare seien am 12.09.2017 an die Ortsteilvertretungsvorsitzenden geschickt worden. Sobald ein entsprechender Beschluss von der Ortsteilvertretung gefasst worden sei, könne ein Antrag gestellt werden. Am 27.09.2017 gebe es eine Informationsveranstaltung mit der Verwaltung, um vor allem auch technische Fragen zu klären.

- Fördermittelbescheid für das Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie

Es sei heute der größte Fördermittelbescheid eingegangen, den Greifswald je bekommen habe. Es handle sich um eine Summe von 16.448.811 EUR. Dies sei um die 50 Prozent der errechneten Kosten. Außerdem sei der Fördermittelbescheid höher als die Fördermittelzusage.

- Grundsteinlegungen

- o Turnhalle Caspar-David-Friedrich-Schule am 19.10.2017, 11:00 Uhr
- o Erwin-Fischer-Schule am 03.11.2017, 11:00 Uhr

- Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt

Im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung des Hauptausschusses sei Frau Dr. Oestreich gewählt worden. Die Bürgerschaft könne am 05.10.2017 darüber entscheiden, ob sie Frau Dr. Oestreich bestellen wolle.

TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Multhauf

- . geht auf den geplanten runden Tisch mit der Rektorin der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Frau Prof. Dr. Weber, ein, bei dem es vor allem um die Namensänderung gehen sollte. Die Rektorin sehe diese Zusammenkunft nicht als notwendig an, da sie laufend mit dem Oberbürgermeister in Kontakt stehe.
- . sagt, dass ihm bekannt sei, dass es eine Absprache gebe, die beinhalte, dass bis zum 24.09.2017 (Bundestagswahl) keine neuen Aktionen zur Namensänderung vorgesehen seien. Nach der Bundestagswahl solle dann ein neuer Versuch gestartet werden.
- . fragt, ob dem Oberbürgermeister diesbezüglich etwas bekannt sei.

Der Oberbürgermeister

- . stellt klar, dass die Frage der Namensänderung eine Angelegenheit des Senates und nicht des Rektorates sei. Daher müsse diese Frage an die Vorsitzende des Senates gerichtet werden.

Herr Multhauf

- . erklärt, dass aus seiner Sicht morgen die ersten weiteren Bäume in der Lomonosowallee gepflanzt werden können.
- . möchte den Stand der Realisierung dieses Wunsches der Ortsteilvertretung wissen.

Frau von Busse

- . antwortet, dass die Prüfungen der Verwaltung, ob die Leitungen in Ordnung und die Voraussetzungen zur Pflanzung von Bäumen gegeben seien, abgeschlossen seien. Es sei angedacht, dass für diese Maßnahme ein "Öko-Konto" eingerichtet werde. Dies werde allerdings noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, bis die Pflanzungen durchgeführt werden können. Bäume ständen zur Verfügung. Es sei angekündigt worden, dass Personen Bäume sponsorten, jedoch auch unter der Voraussetzung, dies als Ausgleichsmaßnahme abrechnen zu können. Daher müsste auch hier vorher ein Konto aufgebaut werden.

Herr Multhauf

- . stellt fest, dass die 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule nicht auf der Tagesordnung stehen würde.
- . fragt, ob daher auf eine Erhöhung verzichtet werde.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass die 7. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung Musikschule in Arbeit sei. Die Angelegenheit sei nicht so leicht, da die Kostendeckungsgrade der Bürgerschaft vorgeschlagen werden sollen und deren Erarbeitung sei etwas aufwendiger.

Herr König

- . erklärt, dass in der Pressemitteilung zum Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie von Baukosten in Höhe von 32 Mio. EUR die Rede sei.
- . möchte wissen, ob es sich hierbei um dieselbe Summe handele, die 2016 in der Vorlage gestanden habe oder ob es Abweichungen gebe.
- . hatte den Eindruck, dass man damals von geringeren Kosten und einer höheren Förderung ausgegangen sei.

Frau von Busse

- . könne zu den Baukosten direkt nichts sagen. Jedoch habe der Wirtschaftsminister

angesprochen, dass nicht alle Kosten dieser 32 Mio. EUR förderfähig seien. Von den förderfähigen Kosten sei ein bestimmter Prozentsatz ermittelt worden. Hierbei handele es sich dann um die 16 Mio. EUR.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass die damals angegebenen Baukosten noch einmal ermittelt werden. Jedoch handelte es sich auch hier nur um Kostenschätzungen.

Herr von Malotki

. fragt nach dem aktuellen Stand zu der Ampelrichtung an der Käthe-Kollwitz-Schule.

. sagt, dass sich Bürger aus Ladebow gemeldet hätten, da es auf dem Schulweg Wildschweine gebe.

. möchte wissen, was dagegen getan werde.

. fragt, ob es möglich sei, dass Ortsteilbudgets nicht an den Vorsitzenden der Ortsteilvertretung, sondern an einen Vertreter ausgereicht werden.

. möchte wissen, ob in Schönwalde II/Groß Schönwalde beispielsweise das Quartiersmanagement das Geld annehmen und verwalten könne.

. kritisiert den Umgang miteinander, beispielsweise beim Thema „Kleingärten“.

Frau von Busse

. geht auf die Thematik „Ampelrichtung an der Käthe-Kollwitz-Schule“ ein. Vor den Sommerferien habe es bereits am Morgen eine Zählung der Fußgänger und Radfahrer gegeben. Danach sei entschieden worden, die Ampel auf Höhe der Knopfstraße (auf der Aufpflasterung) zu errichten.

Herr Wixforth

. sagt, dass es nicht so kostenintensiv werde und daher ein freihändiges Vergabeverfahren möglich sei. Letzte Woche habe er den Auftrag unterschrieben. Die Kosten würden sich auf 13 TEUR oder 14 TEUR belaufen. Die Maßnahme sei als unverzügliche Umsetzung eingestuft, jedoch benötige die Errichtung dennoch etwas Zeit.

Frau von Busse

. erklärt, dass die Problematik „Wildschweine“ in der Verwaltung bekannt sei. Es gebe eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Landkreis, an der auch der städtische Förster teilnehme. Im Stadtgebiet könne der Jäger nicht einfach schießen. Daher müsse erst einmal geprüft werden, wie man mit der Situation umgehe. In Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und dem Förster würden Maßnahmen erarbeitet werden.

. appelliert an die Bewohner in diesem Gebiet, dass jeder darauf achte, dass nicht irgendwelche Anziehungspunkte (Futter) für die Wildschweine geschaffen werden.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass man sich darauf einstellen müsse, dass die Wildschweinpopulation zunehme und auch nicht ganz herausgehalten werden könne.

Zum Ortsteilbudget wäre es sehr hilfreich, wenn Fragen vorher bei Herrn Bartelt eingereicht werden könnten, dann können diese in der Informationsveranstaltung am 27.09.2017 beantwortet werden.

Frau von Busse

. sagt, dass es eine AG „Kleingärten“ bereits mit der Verwaltung und den Kleingärtnern gebe. Es würden regelmäßige Treffen stattfinden. Daran, dass von der AG nichts gehört werde, zeige, wie geräuschlos die Kommunikation verlaufe.

Herr Dr. Kerath

. bittet die Präsidentin, über das Schreiben des Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bezüglich der Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en im öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft am 05.10.2017 zu sprechen.

TOP 8. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher informiert über folgende Themen

- Sitzungskalender
Allen Fraktionsvorsitzenden sei ein Entwurf des Sitzungskalenders für 2018 zugegangen. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses werde nun um ein Feedback gebeten, wie die Fraktionen dazu ständen.
Über 10 Mitglieder der Bürgerschaft und Frau von Busse seien im Kreistag tätig. In einem Sitzungszyklus seien mehr als 20 Sitzungsteilnahmen an den Fachausschüssen des Kreistages betroffen. Es gebe im Kalender zwei Terminkollisionen zwischen Gremien des Kreistages und bürgerschaftlichen Gremien, die sich jedoch nicht vermeiden ließen. Im Februar, im April und im September müssten die Sitzungen der Bürgerschaft an einem Donnerstag stattfinden.
Frau Socher bittet nun um schnellstmögliche Bestätigung.
Es gibt keine Kritik.
- Schreiben vom Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern zur Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en
Die Fraktionsvorsitzenden und das Präsidium seien über den Posteingang eines Schreibens des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bezüglich der Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en informiert worden.
Frau Socher bittet um ein Feedback zur weiteren Vorgehensweise.

Herr Dr. Meyer

. fragt, wer wen zuerst angefragt habe.

Frau Socher

. antwortet, dass das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern beim Oberbürgermeister angefragt habe.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass das Innenministerium sich ausdrücklich auf eine Berichterstattung in der Presse bezogen habe. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald habe sich nicht an das Ministerium gewandt.

Herr König

. plädiert dafür, diesbezüglich einen TOP in der Sitzung der Bürgerschaft auf die Tagesordnung zu setzen.

. hält eine weitere Diskussion an dieser Stelle für falsch, da der Brief auch erst heute Mittag versandt worden sei.

Herr Prof. Dr. Hardtke

. sagt, dass sich die Fraktion Kompetenz für Vorpommern einer Neuwahl nicht verschließe, wenn dies gewünscht sei.

. befürworte, dass sich Herr Jaap als einziger Kandidat zur Wahl stellen lasse, um die Wahl formell noch einmal abzusichern.

Herr Dr. Kerath

. spricht sich ebenfalls für eine Aussprache am 05.10.2017 aus und außerdem für eine Neuwahl, da die Bedenken vom Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern im Schreiben sehr gravierend seien.

Es wird festgehalten, dass ein Antrag auf Aussprache oder Neuwahl von einer Fraktion oder der Verwaltung kommen müsse.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass aus der Verwaltung weder zur Aussprache noch zur Neuwahl ein Antrag eingereicht werde.

Herr Rodatos

. erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 einen TOP zur Aussprache über die Wahl der/des 1. Vizepräsidentin/en beantragen werde.

TOP 9. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:13 Uhr.

für das Protokoll

Dr. Stefan Fassbinder
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlagen:

- TOP 5.15: Beantwortung der noch offenen Fragen zur Hafengebührensatzung